

# VON DER PAULSKIRCHE ZUM BUNDESTAG

von Walter Quix

## DIE ABGEORDNETEN DES KREISES DINSLAKEN SEIT 1848

*Zum ersten Mal soll hier in einer Zusammenschau dargestellt werden, wie die Bevölkerung des Kreises Dinslaken durch die Ausübung ihres demokratischen Stimmrechts und die Wahl der Persönlichkeiten ihres Vertrauens an dem Schicksal und der geschichtlichen Entwicklung unseres Volkes mitwirkte. Bei allen Gesetzen und wichtigen Entscheidungen des preußischen Landtages, des alten Reichstages und unseres Bundestages haben Abgeordnete mitgestimmt, die in dem Wahlkreis zu dem Dinslaken gehörte, die Stimmenmehrheit erzielten und, ihrer politischen Überzeugung entsprechend, als Volksvertreter im Parlament aktiv waren. Wer waren diese Männer? Sie sollen, soweit sie den Kreis Dinslaken vertraten, nicht ins Dunkel der Vergessenheit entrückt werden, sondern durch diesen Beitrag wieder in unser Bewußtsein treten.*

Nach den napoleonischen Kriegen hatte der preußische König Friedrich Wilhelm III. am 5. April 1815 im Besitzergreifungspatent den Rheinländern eine Verfassung und Volksvertretung versprochen. Damit begann auch für Dinslaken das moderne demokratische Zeitalter. Gehalten wurde von diesem Versprechen aber nur, daß man dem rheinischen Volke am 27. März 1824 den Provinziallandtag zugestand, der freilich nur ein bescheidener Anfang moderner Demokratie war; immerhin bedeutete das gegenüber der früheren Staatsform des absoluten Königtums einen bedeutenden Fortschritt. Allerdings konnte nur, wer über Landbesitz verfügte, das aktive und passive Wahlrecht ausüben; dazu kam noch, daß dieser Provinziallandtag nur beratende Funktionen hatte.

Ein weiterer kleiner Schritt auf demokratischem Gebiet war die revidierte Städteordnung vom 17. März 1831, durch die für die Wahl der Stadtverordneten und Magistratsmitglieder eine Norm eingeführt wurde. Wirksam wurde die Städteordnung in Dinslaken aber erst im Jahre 1846.

Zwei für die neuere Zeit wichtige politische Ereignisse gab es im Jahre 1840. Sie spiegeln mehr als alles andere den politischen Umbruch. Am 15. Oktober 1840 huldigten in Berlin als Abgesandte der rheinischen Ritterschaft die Freiherren von Plettenberg auf Mehrum und von Nagell auf

Gartrop dem preußischen König. Zur gleichen Zeit wurde der rheinische Provinziallandtag eröffnet, dem als erster parlamentarischer Vertreter des Kreises Dinslaken der Fabrikant Friedrich Voigt angehörte. Der Rheinische Provinziallandtag hatte sich durchaus nicht auf seine beratenden Funktionen beschränkt, sondern stellte auch Forderungen: Pressefreiheit, freies Versammlungsrecht, Öffentlichkeit und Mündlichkeit in der Rechtspflege, Schwurgerichte, Volksvertretung beim Norddeutschen Bundestag. Diese Forderungen wurden aber im Jahre 1843 vom preußischen König Friedrich Wilhelm IV. abgelehnt. Am 12. Februar 1845 stellte die liberale Gruppe erneut den Antrag auf Einlösung des königlichen Verfassungsversprechens. Trotz der Gleichgültigkeit der großen Masse des Volkes gegenüber politischen Vorgängen, schlossen sich nun kleine Kaufleute und Handwerker in Parteien zusammen, um sich gegen die zunehmende Einengung ihrer Rechte zu wehren. Auch die Arbeiter sammelten sich in Verbänden. Der König erklärte, die preußische Krone müsse dem Gesetz Gottes und des Landes gemäß mit eigener Bestimmung herrschen; sie könne und dürfe nicht mit dem Willen von Majoritäten regieren, wenn Preußen nicht bald ein leerer Klang in Europa werden solle. Nie und nimmer wolle er zugeben, „daß sich eine Verfassungsurkunde, ein beschriebenes Blatt, zwischen unseren Herrgott im Himmel und

dieses Land gleichsam als eine zweite Vor-sehung dränge, um uns mit seinen Para-graphen zu regieren und dadurch die alte heilige Treue zu ersetzen.“ Der Landtag versagte darauf dem König seine Kriegs-anleihe.

Dann tauchten aus allen Ständen und Klassen die politischen Führer auf, von denen jeder große politische Bewegungen aus-löste, die zu Parteien wurden: Görres, A. und P. Reichensperger, Camphausen und Hansemann, Lasalle, Marx, Engels und viele andere.

Die Märzrevolution vom Jahre 1848 ist bekannt. Wenige Wochen später bildeten sich die ersten Arbeitervereine, so der demokratisch-sozialistische Arbeiterverein am 13. April in Köln, dem sofort über fünf-tausend Mitglieder beitraten und der eine eigene Zeitung herausgab.

Kurz skizziert die Ereignisse des Jahres 1848: Am 22. Mai Eröffnung einer preußi-schen Nationalversammlung, deren Ver-tagung am 5. Dezember und Auflösung; gleichzeitig Verkündung einer aufgezwun-genen Verfassung.

Am 19. Mai Verfassunggebende Deut-sche Nationalversammlung in der Pauls-kirche zu Frankfurt.

28. März 1849 Annahme einer Verfas-sung in Frankfurt. Allgemeines und gleiches, aber indirektes Wahlrecht.

Die bewegten Tage der Revolution schei-nen auch in Dinslaken nicht ganz ruhig verlaufen zu sein. Wenn auch aus dem Jahre 1848 keine Nachrichten vorliegen, so berichtet doch eine Zeitungsnotiz vom 15. Mai 1849, daß abends ein Landwehrbat-tillon in einer Stärke von 600 Mann, aus Essen kommend, in Dinslaken eingezogen sei. Nach einigen Stunden Aufenthalt mar-schierte es nach Wesel weiter. Unter der Mannschaft scheint keine besondere Diszi-plin geherrscht zu haben, denn ein Teil hatte sich vor der Einberufung gedrückt und von den Erschienenen schrieb die Zei-tung: „Im Ganzen zeigte sich aber unter der Mannschaft wenig Neigung, ihren Füh-rern zu folgen, die Bande militärischer Disziplin schienen in hohem Grade gelock-ert zu sein.“ Um die Stimmung unter den aktiven Truppen nicht zu verderben, wurde das ganze Bataillon der alten Leute in Ur-laub geschickt und aktive Soldaten des 17. und 24. Inf. Regts. eingesetzt. Obwohl nichts an revolutionären Ereignissen be-kannt wurde, verhängte das Generalkom-

mando des 7. Armeekorps vorsichtshalber für einige Tage den Belagerungszustand. Sämtliche politischen Vereine wurden ge-schlossen. Die Zeitungen mußten durch die militärische Zensur. Mehr als sechs Per-sonen durften sich auf der Straße nicht zu-sammen sehen lassen, und die Wirtshäuser mußten 10 Uhr abends schließen. Die Reak-tion der Bevölkerung am Niederrhein war auf die Weigerung des preußischen Königs zurückzuführen, die ihm am 3. April 1849 von der Nationalversammlung in der Pauls-kirche angetragene Kaiserwürde zu über-nehmen. Damit war die einjährige Arbeit des ersten deutschen Parlaments gescheitert. Alle Hoffnungen der Bevölkerung waren dahin.

### Das Parlament in der Paulskirche

Wir haben den Ereignissen schon vor-gegriffen. Die Vertreter des Kreises Dins-laken im Frankfurter Paulskirchen-Parla-ment gehörten zu den bedeutendsten Per-sönlichkeiten ihrer Zeit, deren politische Ideen über ganz Deutschland ausstrahlten und teilweise heute noch lebendig sind.

Am 10. Mai 1848 fand in Dinslaken die erste Wahl zur Frankfurter Nationalver-sammlung statt. Das gegenwärtige Dinsla-kener Kreisgebiet gehörte zum 29. rhein-preußischen Wahlbezirk. Gewählt wurde

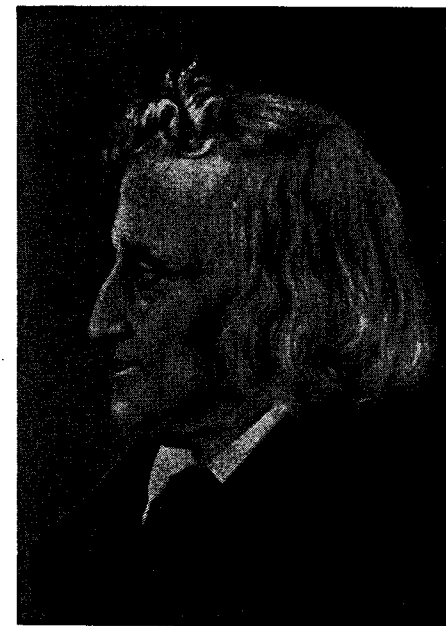


Ernst Moritz Arndt

der Universitätsprofessor und deutsche Freiheitsdichter Ernst Moritz Arndt aus Bonn und zu seinem Stellvertreter der Essener Justizkommissar Kehl. Arndt stellte aber sein Mandat zur Verfügung, da ihn auch der 28. rheinpreußische Wahlbezirk (Solingen) gewählt hatte. Arndt wurde am 26. Dezember 1769 in Schoritz auf der Insel Rügen geboren und starb am 29. Januar 1860 in Bonn. Schon früh trat er für eine deutsche Verfassung ein. Er war einer der eifrigsten Mitarbei-ter des Freiherrn vom Stein an dessen Reformwerk. Er schrieb viele Gedichte, von denen einige Kirchen- und Volkslieder wurden. 1818 wurde er nach Bonn zum Geschichtspräsidenten berufen, aber zwei Jahre später wegen seiner demokratischen Ansichten als „Demagoge“ aus seinem Amt entfernt. Erst König Friedrich Wilhelm IV. berief ihn im Jahre 1840 zurück, was Pro-fessoren, Studenten und Bürgerschaft am 25. Juli mit einem großen Fest vor dem Koblenzer Tor feierten. Einen Fackelzug, so zahlreich und glänzend, wie die Stadt Bonn seit der Stiftung der Universität wohl kaum einen sah, brachten die Studierenden ihrem verehrten Professor.

Er war der erste Volksvertreter des Kreises Dinslaken. Da er jedoch sein Man-dat nach einigen Tagen wegen der Doppel-wahl abgab, wurde am 19. Mai 1848 eine Nachwahl vorgenommen, aus der der be-kannte Märchensammler und Germanist Prof. Jakob Grimm hervorging. Grimm hat Dinslaken vom 25. Mai bis zum 2. Oktober 1848 in der Frankfurter National-versammlung vertreten. Grimm wurde am 4. Januar 1785 in Hanau geboren. Seine wichtigsten Veröffentlichungen, die er ge-meinsam mit seinem Bruder Wilhelm her-ausgab, die Sammlung der Kinder- und Volksmärchen, die Deutsche Grammatik und das Deutsche Wörterbuch, sind die bedeu-tendsten Schriftdenkmäler deutschen Gei-steslebens.

Jacob Grimm war es, der in der Pauls-kirche zu Frankfurt den Paragraphen 1 der damaligen Verfassung formulierte und als Antrag einbrachte: „Alle Deutschen sind frei und deutscher Boden duldet keine Knechtschaft Fremde Unfreie, die auf ihm verweilen, macht er frei.“ Grimm begrün-dete diesen Artikel des Grundrechtes: „Meine Herren! Ich habe nur wenige Worte vorzutragen zugunsten des Artikels, den ich die Ehre habe vorzuschlagen. Zu meiner Freude hat in dem Entwurf des Ausschus-ses unsrer künftigen Grundrechte die Nach-ahmung der französischen Formel „Freiheit,



Jakob Grimm

Gleichheit und Brüderlichkeit“ gefehlt. Die Menschen sind nicht gleich; sie sind auch im Sinne der Grundrechte keine Brüder; vielmehr: die „Brüderschaft“ (das ist die bessere Übersetzung) ist ein religiöser und sittlicher Begriff, der schon in der heiligen Schrift enthalten ist. Aber der Begriff der Freiheit ist ein so heiliger und wichtiger, daß es mir durchaus notwendig erscheint, ihn an die Spitze unserer Grundrechte zu stellen.“

Am 14. November 1848 trat bei einer Neuwahl in Dinslaken an die Stelle vor Grimm der Landgerichtsassessor und spä-tere Landgerichtspräsident Karl Schorn aus Essen. Er lebte von 1818 bis 1900 und saß vom 23. November 1848 bis zum 26. Mai 1849 im Paulskirchenparlament. Abgeordneter Schorn gehörte dem linken Zen-trumsflügel (Württembergischer Hof) an. In der Abstimmung am 28. März 1849 sprach er sich für den preußischen Erbkaiser aus.

### „Dreiklassenwahlrecht“

Am 30. Mai 1849 wurde das Frankfurter Parlament aufgelöst; das Restparlament in Stuttgart am 18. Juni. Am selben Tage beseitigte in Preußen ein neues Wahlge-setz das in der Verfassung vom 5. Dezem-ber 1848 garantierte gleiche Wahlrecht und

führte das „Dreiklassenwahlrecht“ ein. Die Wahlberechtigten (Urwähler) waren in diesem System nach ihrer Steuerleistung in 3 Klassen eingeteilt. Jede Klasse wählte (in Preußen) die gleiche Zahl von Wahlmännern, die dann ihrerseits im öffentlichen Verfahren die Abgeordneten wählten. In Dinslaken befanden sich in der ersten und zweiten Steuerklasse etwa 20% der Wahlberechtigten. Zusammen stellten sie aber die doppelte Anzahl von Wahlmännern, wie die in vierfacher Übermacht befindlichen weniger wohlhabenden Wähler der dritten Klasse. Es war also so gut wie aussichtslos, einen Kandidaten der dritten Klasse durchzubringen.

Eine neue preußische Verfassung erstand am 31. Januar 1850, die vom König eine Woche später beschworen wurde: Diese Verfassung sah aber nur wirtschaftliche Freiheit vor; immerhin war es das gefürchtete „Blatt Papier“, das sich zwischen die Vorsehung und sein Land gedrängt hatte. Das wirkte sich auch auf das Gemeindeleben aus, indem am 11. März 1850 eine neue Gemeindeordnung in Kraft trat.

Aber erst das Sondergesetz vom 30. Mai 1855 über das „Herrenhaus“ und das „Haus der Abgeordneten“ leitete in Preußen das demokratische Zeitalter ein. Die Urwahlen fanden in Dinslaken am 27. September, die Hauptwahlen am 8. Oktober 1855 statt. Dinslaken gehörte zum Wahlkreis Duisburg, dessen Grenzen sich mit den gegenwärtigen Gebieten Kreis Dinslaken, Duisburg, Mülheim und Oberhausen deckten. Es wurden zwei Abgeordnete gewählt und zwar Abgeordneter Schönberger, der der Katholischen Fraktion beitrug und Abgeordneter Barth. Abgeordneter Schönberger erhielt in unserem Wahlkreis 227 von insgesamt 425 Wahlmännerstimmen; Barth, Bergrat in Essen und Major a. D., 236 Stimmen von 407 Wahlmännern. Abg. Barth starb bereits am 23. April 1858. Unser Dinslakener Abgeordneter Schönberger wirkte auch bei der Regelung der Regentschaft für den erkrankten König Friedrich Wilhelm IV. mit.

Bei den Abgeordnetenwahlen am 23. November 1859 wurde unser Wahlkreis auf den Kreis Essen und den neu gebildeten Kreis Moers ausgedehnt. Als Abgeordnete zogen in den Landtag ein: Unterstaatssekretär von Gruner von der Fraktion Mathis; Kreisgerichtsrat Westermann aus Duisburg, früheres Mitglied der Nationalversammlung von 1848, ebenfalls von der Fraktion Mathis, und Rentner Konstantin Braun aus Ratingen, Mitglied der

Katholischen Fraktion. Braun war am 28. Mai 1782 in Ratingen geboren und hatte von 1855 bis 1858 den Kreis Düsseldorf im Preußischen Abgeordnetenhaus vertreten, dessen Alterspräsident er sieben Sessionen hindurch gewesen ist.

### Wahlkreis Düsseldorf 5

Durch das Gesetz vom 27. Juni 1860 wurde im Zuge einer neuen Wahlkreiseinteilung der Wahlkreis „Düsseldorf 5“ gebildet, zu dem der Kreis Dinslaken mit Oberhausen, Duisburg, Essen und Mülheim gehörten. Diesem neuen Wahlkreis wurden drei Abgeordnete zugewilligt. Die Urwahlen fanden am 19. November, die Hauptwahlen am 6. Dezember 1861 statt. Gewählt wurden der Fabrikant Kommerzienrat Eugen Coupienne aus Mülheim, der sich der Fortschrittspartei (Fraktion Kellner) anschloß; Bergwerksbesitzer Ernst Waldthausen aus Essen, ebenfalls von der Fortschrittspartei und der bereits erwähnte Kreisgerichtsrat Westermann aus Duisburg.

Das preußische Abgeordnetenhaus zählte 1861 insgesamt 352 Abgeordnete und zwar 210 Liberale und Demokraten, 56 Mitglieder der Katholischen Fraktion, die sich nun „Fraktion des Zentrums“ nannte und 86 Konservative. Bei dieser dritten Wahl zum Preußischen Abgeordnetenhaus erlitten die Konservativen eine vernichtende Niederlage, da sie von den 136 Sitzen 50 verloren und mit nur 86 in den neuen Landtag einzogen. Diesem Abgeordnetenhaus war aber keine lange Lebensdauer beschieden, weil es hartnäckig die Bismarckschen Militärvorlagen ablehnte. Es trat am 14. Januar 1862 zusammen, wurde aber bereits am 11. März 1862 durch eine Königliche Verordnung aufgelöst.

Bei den Neuwahlen am 28. April und 6. Mai wurden die drei Abgeordneten unseres Wahlkreises wiedergewählt. Immerhin war auch diese Freude nur kurz, denn am 2. September 1863 erfolgte die abermalige Auflösung des Landtages. Die Urwahlen am 20. Oktober und die Hauptwahlen am 28. Oktober brachten eine Wiederwahl der Abgeordneten Coupienne und Westermann, dagegen wurde an Stelle von Waldthausen der Abgeordnete Dr. Hammacher aus Essen gewählt, der sich der Fortschrittspartei und später den Nationalliberalen anschloß. Dr. Friedrich Hammacher war Vorsitzender des Vereins für die bergbaulichen Interessen in Dortmund. Er vertrat

viele Jahre den Kreis Dinslaken im preußischen Abgeordnetenhaus und zwar von 1866 bis 1898 und gehörte später auch dem Reichstag an. Er war Mitgründer der Nationalliberalen Partei.

### Der Pastor aus Gahlen

Aus den bisherigen Darlegungen ergibt sich, welche Methoden Bismarck anwandte, um Militärvorlagen durchzusetzen. Er löste die Parlamente solange auf, bis sich eine ihm genehme Mehrheit fand. Der nächste neu gewählte Landtag wurde am 15. Januar 1866 eröffnet, aber bereits am 23. Februar vertagt. Am 9. Mai erfolgte die Auflösung. Die nun folgenden Wahlen wickelten sich am 7. November 1866 ab, wobei anstelle von Westermann der evangelische Pfarrer Hermann Richter aus Gahlen als erster im Kreise Dinslaken wohnender Volksvertreter gewählt wurde. Er schloß sich der Nationalliberalen Partei an.



Pastor Hermann Richter

Während des deutsch-französischen Krieges wurden die Wahlen zur elften Legislaturperiode des Landtages durchgeführt. Am 9. und 16. November 1870 kamen Dr. Hammacher und als neue Abgeordnete Dr. Goecke aus Duisburg und Kreisrichter

Schmits aus Mülheim in den Landtag. Beide traten den Nationalliberalen bei. Abgeordneter Dr. Feodor Goecke, später Direktor des Rhein-Ruhr-Kanal-Vereins in Ruhrort, vertrat Dinslaken in den Jahren 1870 bis 1873 sowohl im Preußischen Landtag als auch im Deutschen Reichstag. Kreisrichter Rudolf Schmits versah das Amt eines aufsichtführenden Richters am Amtsgericht in Mülheim. Der 5. Oktober brachte die Auflösung dieses Abgeordnetenhauses.

Wiederum gab es Neuwahlen und zwar die Urwahlen am 28. Oktober und die Hauptwahlen am 5. November 1873. Dr. Hammacher wurde wiedergewählt und als neue Abgeordnete Kultusminister Dr. Falk (als „Kulturkampf-Falk“ bekannt), fraktionslos, und Landrat Delius, national-liberal. 593 Wahlmänner von 1035 stimmten für die drei Abgeordneten. Die Gegenkandidaten Freiherr von Schorlemer-Alst, Kreisrichter Grütering aus Dinslaken und Fabrikant Wiese aus Werden erhielten zusammen nur 442 Stimmen. Dem Abgeordneten Dr. Albert Falk hatte Bismarck 1872 das Kultusministerium anvertraut. Er schloß sich der Nationalliberalen Fraktion an. Als Vater der Gesetze im „Kulturkampf“ und des Sozialistengesetzes wurde er bekannt. Immerhin konnte sich Abgeordneter Falk in seinem Wahlkreis noch bis zum Jahre 1882 halten. Er trat freiwillig von der politischen Bühne und starb im Jahre 1900.

Mit den Abgeordneten scheint man zufrieden gewesen zu sein, denn sie wurden sowohl für die dreizehnte Legislaturperiode im Oktober 1876 als auch für die vierzehnte im Jahre 1879 wiedergewählt, obwohl bei diesen Wahlen als Gegenkandidat Freiherr von Plettenberg auf Mehrum auftrat. Ein kleines Blitzlicht auf die Wahlbeteiligung: Bei der Ersatzwahl am 31. März 1882 für den ausgeschiedenen Dr. Falk, der zum Präsidenten des Oberlandesgerichts in Hamm ernannt worden war, wurde Fabrikbesitzer Vygen aus Duisburg in das Abgeordnetenhaus entsandt. Von den 1227 Wahlmännern waren nur 720 zur Wahl erschienen. 691 gaben Vygen ihre Stimme und nur 27 dem Freiherrn von Plettenberg.

### Der Kammerherr

Die Ende des Jahres 1882 durchgeführten Wahlen zum Abgeordnetenhaus brachten wieder eine Mehrheit für die genannten Abgeordneten. In der darauf folgenden Sitzungsperiode traten die Nationalliberalen, im Herbst des Jahres 1885, an die Frei-

konservativen ein Mandat durch Abkommen ab, und so zog deren Kandidat, Regierungsrat von Rosenberg-Grusczyński, in das Abgeordnetenhaus ein. Er wurde kurz darauf Landrat im Landkreis Mülheim. Vom 6. November 1888 ab wurde die Sitzungsperiode auf fünf Jahre verlängert; die drei Abgeordneten unseres Wahlkreises wurden wiedergewählt. Am 1. Februar 1890 entsandten die Wahlmänner anstelle von Rosenberg-Grusczyński in einer Ersatzwahl den Freiherrn von Plettenberg-Mehrums als Abgeordneten in den Landtag. Er schloß sich der konservativen Partei an.

Gustav Karl von Plettenberg wurde 1835 auf Haus Mehrum geboren und starb dort im Jahre 1910. Er war im Raume Voerde eine gewichtige Persönlichkeit, die auch in entscheidenden kommunalen Angelegenheiten mitredete. Unter Wilhelm II. wurde er zum Kammerherrn ernannt, außerdem war er Mitglied des preussischen Herrenhauses. Freiherr von Plettenberg, Dr. Hammacher und der nationalliberale spätere Reichstagsabgeordnete von Möller gingen als Sieger aus der Wahl zum neuen Landtag am 7. November 1893 hervor. Am 8. Mai 1901 wurde er preussischer Minister für Handel und Gewerbe, weswegen er sein Mandat niederlegte. In der Ersatzwahl am 24. November 1893 wurde für ihn Henri Alex Bueck aus Berlin mit 960 Stimmen der Wahlmänner gewählt. Er fungierte als Generalsekretär des Verbandes Deutscher Industrieller in Berlin. Dinslaken wurde von ihm von 1894 bis 1898 im Preussischen Abgeordnetenhaus vertreten. Neben Dr. Hammacher war er einer der vielseitigsten und eifrigsten Förderer der erwachenden Ruhrindustrie, die ihm außerordentlich viel verdankt, denn, wenn andere auch den Ruhm erwarben, so gingen doch von ihm meist die schöpferischen Ideen aus, die sich bis heute bewährt haben. Der bekannte Bodenreformer Damaschke zitiert ihn sogar als Kronzeugen in seiner „Geschichte der Nationalökonomie“. Als Wirtschaftsplaner war er seiner Zeit weit voraus.

Bei der Wahl für die neunzehnte Legislaturperiode des Preussischen Abgeordnetenhauses im Jahre 1898 vereinigten die beiden nationalliberalen Kandidaten von Möller, der wiederaufgestellt war, und Dr. Beumer sowie der konservative Freiherr von Plettenberg die meisten Stimmen auf sich. Generalsekretär Dr. phil. Beumer kam aus Düsseldorf und war in Obrihoven bei

Wesel geboren. Fünf Jahre übte er auch im Reichstag die Vertretung unseres Kreises aus. Von 2113 gültig gewählten Wahlmännern blieben 304 der Wahl fern. Freiherr von Plettenberg konnte an zweiter Stelle 1806 Wahlmännerstimmen auf sich vereinigen. Die Ersatzwahl für Möller am 24. September 1901 brachte den Nationalliberalen Hirsch in den Landtag. Er war Syndikus an der Handelskammer Essen-Mülheim-Oberhausen. 1908 löste ihn der Abgeordnete Sauer mann aus Duisburg-Beeck ab.

### Zum ersten Mal: Sozialdemokraten

Die letzte Landtagswahl in dem mittlerweile an Einwohnern ungeheuer angeschwollenen Wahlkreis ging am 20. November 1903 für die 20. Legislaturperiode vorstatten. Der Wahlkreis umfaßte bereits drei Landkreise und vier Stadtkreise. Die Zahl der Wahlmänner belief sich auf 2876. Zum ersten Mal beteiligte sich die Sozialdemokratische Partei mit den drei Kandidaten Clemens Hengsbach, Gräser und Hofrichter an der Wahl. Wiedergewählt wurden Dr. Beumer, Hirsch und Freiherr von Plettenberg.

Drei Jahre später, im Januar 1906, wurde der Riesenwahlkreis Dinslaken-Ruhrort-Duisburg-Oberhausen-Mülheim-Essen durch Gesetz in vier Wahlkreise mit je einem Abgeordneten geteilt. Dinslaken wurde dem neuen Wahlkreis „Düsseldorf 15“ zugeteilt, der aus Stadt und Land Dinslaken und Stadt und Land Mülheim bestand. Bei der Wahl am 16. Juni 1908 (ein Kuriosum der deutschen Wahlgeschichte) erschienen alle Wahlmänner zur Wahl. Das war noch nie dagewesen!

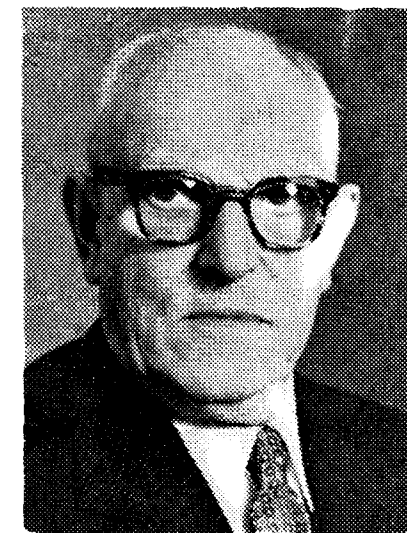
Als Kandidaten waren vom Zentrum Bergarbeiter Franz Sauer mann aus Duisburg-Beeck, von der Nationalliberalen Kommerzienrat Küchen (Teilhaber von Stinnes) aus Mülheim und von den Sozialdemokraten Clemens Hengsbach aufgestellt worden. In der Vorwahl erhielten Küchen 495, Sauer mann 464 und Clemens Hengsbach 37 Stimmen. In der Entscheidungswahl stimmten die Sozialdemokraten geschlossen für den Zentrumskandidaten Sauer mann, der dadurch 501 Stimmen erzielte, wogegen Kommerzienrat Küchen bei seinen 495 Stimmen blieb.

### Großes Einkommen = Wähler 1. Klasse

Der eben erwähnten Wahl lag die Volkszählung vom 1. Dezember 1905 zugrunde. Danach zählte der Wahlkreis „Düsseldorf 15“ (Kreis Ruhrort mit Dinslaken sowie Mülheim Stadt und Land) 257 500 Einwohner. In 92 Wahlbezirken waren von 24 947 Urwählern 500 Wahlmänner zu wählen. Die erste und dritte Abteilung erhielten je 170, die zweite Abteilung 160 Wahlmänner. Zur ersten Wählerabteilung zählten 1594 Urwähler oder 6 1/2%; zur zweiten 5499 oder 22 1/2% und zur dritten Abteilung 17 854 oder 72 1/2%. In vier Wahlbezirken wählten in der ersten Abteilung nur je zwei Urwähler, auf die einzelnen Abteilungen berechnet, hatten in der ersten Abteilung 9, in der zweiten 34 und in der dritten Abteilung 105 Urwähler einen Wahlmann zu wählen. Urwähler mit einem jährlichen Einkommen von mehr als 100 000 Mark gab es im Raum Dinslaken nicht; als einzige Stadt wies Mülheim deren acht auf. Die neun höchstbesteuerten Urwähler unseres Wahlkreises hatten ein Einkommen unter hunderttausend Mark, verdiente aber mehr als 30 500 Mark jährlich; sie wählten alle in der ersten Klasse. Die Wahlbeteiligung betrug 51 1/2%. Gewählt wurden für das Zentrum 355, die Nationalliberalen 153 und die Sozialdemokraten 12 Wahlmänner.

Bei den Urwahlen zum preussischen Abgeordnetenhaus im Mai des Jahres 1913 konnten die Nationalliberalen den Sitz zurückgewinnen. Anstelle des Zentrumsabgeordneten Sauer mann zog der Geh. Baurat Hermann Mathis, Hauptmann d. L. aus Berlin-Halensee, in das Abgeordnetenhaus ein, wo er bis zum Jahre 1918 unseren Wahlkreis vertrat.

Während des ersten Weltkrieges wurde in Dinslaken nicht für den Reichs- und Landtag gewählt. Der 9. November 1918 brachte eine völlige politische Umwälzung. Das kaiserliche Deutschland und das königlich-preussische Staatsregime brachen zusammen. Die Volksbeauftragten verkündeten das gleiche, geheime und direkte Wahlrecht für jeden unbescholtenen Deutschen, zum ersten Mal auch für die Frauen. Im Oktober war bereits in Preußen eine Verfassungsreform durchgeführt worden. Ihre Grundlage währte bis zum 20. Juli 1932, als der Kanzler von Papen die preussische Verfassung zu den Akten legte. Die Nationalsozialisten hoben dann endgültig die Volksvertretungen der Länder am 30. Januar 1934 auf.



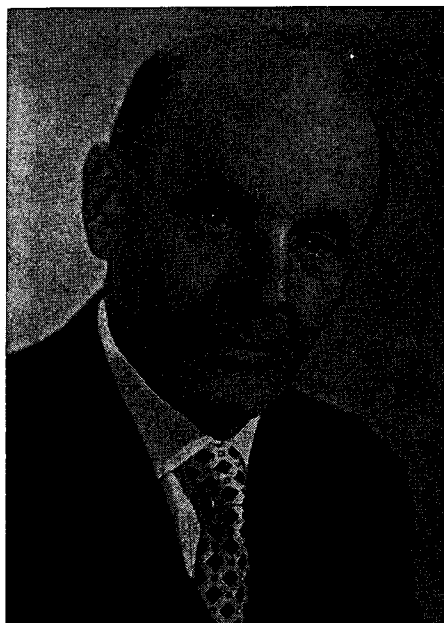
Max Kölges

Vom Jahre 1921 an bis zur Auflösung der Länder wurde Dinslaken ununterbrochen vom Kreishandwerksmeister Max Kölges im preussischen Landtag vertreten. Er gehörte der Zentrumspar tei an und wohnte in Mülheim-Ruhr. Wie gesagt, die Parlamente der Länder endeten durch das von den Nationalsozialisten erlassene Gesetz über den Neuaufbau des Reiches vom 30. Januar 1934, nach dessen Artikel 2 die Hoheitsrechte der deutschen Länder auf das Reich übergingen.

### Nordrhein-Westfalen

Es folgte nun die zwölfjährige parlamentslose Zeit unter der Diktatur des Nationalsozialismus. Nach dem verlorenen Kriege wurde das Reich durch die Sieger in Besatzungszonen aufgeteilt. Preußen wurde aufgelöst. Im Westen bildete sich im Rahmen der neuen Bundesrepublik Deutschland das Land Nordrhein-Westfalen aus dem Nordteil der alten Rheinprovinz, der Provinz Westfalen und dem kleinen Land Lippe. Der erste ernannte Landtag des Landes Nordrhein-Westfalen, der am 2. Oktober 1946 in Düsseldorf zusammentrat, umfaßte 200 Abgeordnete. Die Fraktionsstärke der einzelnen Parteien betrug: CDU 92, SPD 66, FDP 9, Zentrum 12, KP 19, Unabhängige 2 Abgeordnete; in der zweiten

Sitzungsperiode vom 5. Juli 1950 bis zum 4. Juli 1954: Abgeordnete insgesamt 215, davon CDU 93, SPD 68, FDP 26, Zentrum 16, KP 12 Abgeordnete.



Wilhelm Lantermann

In den ersten Nordrhein-Westfälischen Landtag kam als Vertreter des Kreises Dinslaken (Landeswahlkreis 76) in direkter Wahl am 20. April 1947 ein geborener Dinslakener, Stadtoberinspektor i. R. Wilhelm Lantermann von der SPD. Er war am 5. September 1899 geboren; hatte nach Besuch der Volksschule, der Verwaltungsschule und Verwaltungsakademie, die Verwaltungslaufbahn eingeschlagen. Vom Jahre 1914 bis 1934 stand er im Verwaltungsdienst der Stadt Dinslaken. Die Nationalsozialisten hinderten ihn an einer weiteren beruflichen Tätigkeit, da er sich eifrig politisch betätigt hatte, so ein Jahrzehnt, von 1923 bis 1933, als Vorstandsmitglied der Kreispartei der SPD Dinslaken. Von 1929 bis 1933 war er Stadtverordneter und 1933 Mitglied des Kreistages. Nach dem zweiten Weltkrieg, seit dem Jahre 1946, ist er Stadtratsmitglied und Bürgermeister von Dinslaken. 1949 zog er wieder in den Kreistag ein, dem er bis 1952 angehörte. Seine Kandidatur für die zweite

Sitzungsperiode des NRW-Landtages vom 5. Juli 1950 bis zum 4. Juli 1954 war ebenfalls erfolgreich. Im Landtag arbeitete er besonders in den Ausschüssen für Geschäftsordnung und Immunität, für Wasserwirtschaft sowie im kommunalpolitischen Ausschuß und im Grenzausschuß. Auch für die dritte Sitzungsperiode vom 27. Juni 1954 bis zum 12. Juli 1958 wurde Lantermann wiedergewählt. Am 27. Juni 1954 wurden im Wählerverzeichnis des Kreises Dinslaken 59 139 Wahlberechtigte verzeichnet. Davon erhielten im Kreise Dinslaken: SPD 18 053; CDU 12 808; FDP 3929; Zentrum 2356; KP 2475; BHE 1057 Stimmen. DP und die anderen Parteien erhielten keine Stimme.

Augenblicklich wird der Kreis Dinslaken vom Landtagsabgeordneten Gustav Stapp vertreten. Er wurde am 23. Juli 1926 in Uslar, Kreis Northeim, geboren, absolvierte Volksschule, Mittelschule, Oberschule und schloß seine Schulzeit mit dem Abitur ab. Vier Semester Studium an der Pädagogischen Akademie folgten; dann Teilnahme an einem Realschullehrerkurs. Stapp ist Rektor in Walsum und seit Oktober 1956 dort Bürgermeister. Im November 1956 wurde er zum Mitglied der Rheinischen Landschaftsversammlung berufen. Unser



Gustav Stapp

gegenwärtiger Landtagsabgeordneter gehört auch der SPD an. Bei der Wahl von Gustav Stapp am 6. Juli 1958 erhielten

SPD 27 011 oder 52 %; CDU 20 241 oder 39 %; FDP 3486 oder 7 %; Zentrum 564 und die DP 543 Stimmen.

## DAS REICHSPARLAMENT

Der Reichstag des Bismarckschen Reiches ist nicht, wie manche annehmen, Nachfolger des Frankfurter Paulskirchen-Parlaments gewesen, sondern des am 20. Februar 1867 im Weißen Saal des königlichen Schlosses zu Berlin eröffneten Norddeutschen Reichstages. Diesem voran ging im Jahre 1850 das sogenannte Erfurter Parlament, das Unions-Parlament, in dem die Verfassung des kleindeutschen Bundesstaates unter Führung Preußens beraten worden war. Der Norddeutsche Reichstag war sogar, gegenüber der Nationalversammlung in der Paulskirche, aufgrund eines am 15. Oktober 1866 erlassenen Wahlgesetzes in einem freien Wahlverfahren gewählt worden. Jacob Grimm mußte von der Dinslakener Bürgerschaft noch durch öffentlich protokollierte Stimmabgabe gewählt werden; die Volksvertreter im Reichstag des Norddeutschen Bundes dagegen wurden in geheimer und unmittelbarer Wahl berufen. Für die geheime Wahl hatten sich König Wilhelm I. von Preußen und sein Ministerpräsident Bismarck ausgesprochen und zwar entgegen den Warnungen der Konservativen. Diese demokratischen Anwendungen beruhten darauf, daß der König und sein Ministerpräsident den überwiegenden Teil ihrer Untertanen für königstreu hielten, was auch durch das Wahlergebnis bewiesen wurde. Der Wahlkreis umfaßte damals das Gebiet Dinslaken, Oberhausen, Duisburg, Mülheim und Essen. Gewählt wurde Unterstaatssekretär von Gruner und der Freikonservative Landrat Devens aus Essen.

Am 4. März 1869 begann ein neuer Sitzungsabschnitt, in dem umfangreiche grundlegende Gesetze beraten wurden. Das gesamte staatsbürgerliche Leben wurde damals juristisch aus der Agrarform in das technisch-industrielle Zeitalter überführt. Es sind zum größten Teil heute noch geltende Grundgesetze, wenn sie auch in späteren Jahren der Entwicklung angepaßt wurden.

Der letzte Norddeutsche Reichstag trat am 14. Februar 1870 zusammen. Der Norddeutsche Bund unter Preußens Führung bestand vom 18. August 1866 bis zum 31. Dezember 1870.

Im Norddeutschen Bundestag wurde der Kreis Dinslaken vom Jahre 1867 ab durch den Abgeordneten Pfarrer Hermann Richter aus Gahlen, den Rektor Lorenz Kellner und den Duisburger Bürgermeister Otto Keller vertreten. Pfarrer Hermann Richter wurde am 20. April 1809 als Sohn eines Kaufmannes in Wesel geboren, studierte in Bonn und Berlin. Er war 1841/42 Pfarrer in Gartrop; von 1842 bis zu seinem Tode am 1. März 1883 Pfarrer in Gahlen. Der Abgeordnete Volksschuldirektor Dr. h. c. Lorenz Kellner stammte aus Kalteneber bei Heiligenstadt (Eichsfeld) und war ein bekannter Pädagoge. Seine Schriften sind damals in hunderten Auflagen verbreitet worden. In einem Nachruf hieß es über ihn: „Alles in allem genommen, ist K. einer der edelsten, liebenswertesten und verdienstlichsten deutschen Männer, die im 19. Jahrhundert am Ausbau der deutschen Volksschule mitgearbeitet haben.“

## Soziale Forderungen

Ein neues Zeitalter hatte sich angemeldet, das seiner vollen Entfaltung zustrebte. Mit der Technik setzte die Industrie in weiten Teilen Deutschlands, vor allem aber bei uns neue Lebensformen, weckte soziale Forderungen, löste bisher unbekannte Krisen aus und stellte gerade die Abgeordneten unseres Bezirkes vor ganz neue Probleme. Parlamentarier und Wirtschaftspioniere gingen Hand in Hand. An die Stelle des Abgeordneten Keller trat der Landtagsabgeordnete Dr. Friedrich Hammacher. Er hat am längsten Dinslaken in den Parlamenten vertreten und zwar im preußischen Abgeordnetenhaus seit dem Jahre 1864 und im Reichstag von 1884 bis zum Jahre 1898. Am 11. Dezember 1904 starb er in Berlin. Dr. Hammacher, Geschäftsführer der Handelskammer in Essen, eifriger Förderer der großindustriellen Bestrebungen im Verein mit Thomas Mulvany, Harkort, Waldthausen, Grillo, Haniel und anderen Industriellen der Gründerzeit, setzte sich besonders dafür ein, das sich am 20. November 1858 die Bergbaugesellschaften des Oberbergamtsbezirkes Dortmund zum sogenannten

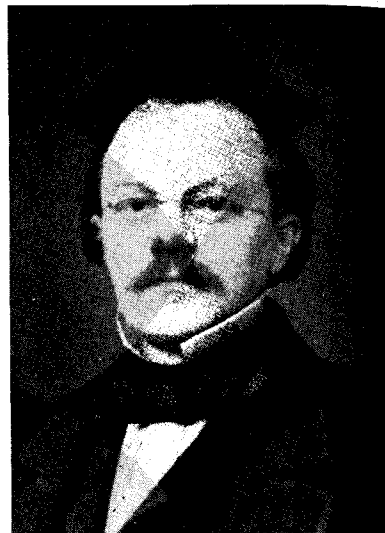
„Bergbauverein“ zusammenschlossen. Der Verein hatte seinen Sitz in Essen und zählte bei der Gründung 89 Mitglieder mit insgesamt 15 857 Beschäftigten. Geschäftsführer wurden der spätere Justizminister Schönstedt, von Bernuth und Prof. Dr. Natorp. Dr. Hammacher vertrat als Reichs- und Landtagsabgeordneter die Freikonservativen und ging später zur Nationalliberalen Fraktion über. Im Preußischen Abgeordnetenhaus erwarb er sich als Hauptvertefchter der Verstaatlichung der Eisenbahn einen Namen, auch als eifriger Anhänger der Durchführung des Dortmund-Ems-Kanals, des Haftpflichtgesetzes, des Ausbaues der Wasserstraßen und als Vorkämpfer der Sondertarife auf den Eisenbahnen für Güter der Ruhrindustrie. Der gegenwärtigen Generation noch bekannte Mitarbeiter unseres parlamentarischen Vertreters waren Dr. Hjalmar Schacht mit einem Artikel „Der Stahlwerksverband und die jüngste Kartellentwicklung in Preußen“ sowie Dr. Oskar Poensgen mit einer Arbeit „Das Wahlrecht zu Volksvertretungen mit besonderer Berücksichtigung Preußens“.

Erwähnenswert ist noch vom Norddeutschen Bundestag, daß er im Jahre 1870 mit 118:81 Stimmen die Todesstrafe abschaffte, kurze Zeit danach aber, weil die Länder dagegen waren, in einer erneuten Abstimmung die Todesstrafe mit 127:119 Stimmen wieder einführte.

## Das Kaiserreich

Am 18. Januar 1871 wurde im Schloß zu Versailles das Kaiserreich aus der Taufe gehoben. Bereits am 3. März 1871 vollzogen sich die Wahlen zum ersten Deutschen Reichstag. Noch keine drei Wochen später, am 21. März, war die feierliche Eröffnung im Kgl. Schloß zu Berlin. Die Sitzungen wurden im preußischen Herrenhaus abgehalten, denn erst in der folgenden Sitzungsperiode wurde das Reichstagsgebäude fertig. Unser Wahlkreis entsandte drei Abgeordnete: Direktor Dr. Feodor Goecke aus Duisburg, Justizrat Dr. Rudolf Schmits aus Mülheim und Prof. Dr. Richard Dove aus Göttingen. Sie schlossen sich der Nationalliberalen Fraktion an. Sämtliche Abgeordnete vertraten Dinslaken nur während der Sitzungsperiode von 1871 bis 1873. Zu unserem Wahlkreis (Düsseldorf 5) gehörten noch die Gebiete von Mülheim, Oberhausen, Duisburg, Essen.

Die ersten Jahre der Neugründung des Deutschen Reiches waren durchaus nicht so friedfertig, wie es in manchen historischen



Dr. Rudolf Schmits

Werken zu lesen ist. Das spiegelt sich bald in der starken parlamentarischen Opposition wieder. Bereits die Annahme des Jesuitengesetzes am 19. Juni 1872 brachte einen beträchtlichen Bevölkerungsteil in Harnisch; der Gesetzentwurf ging mit 181:93 Stimmen durch. Ein Jahr später, am 10. Dezember 1873, wurde das Personenstandsgesetz eingeführt, das die Beurkundung der Geburten, Heiraten und Sterbefälle durch den Staat vorsah. Eine neue Aufregung brachte die zweite Sitzungsperiode von 1874 bis zum Jahre 1876. Es stellte sich nämlich heraus, als der Mittelstand und die Bauern Staatskredite verlangten und sich auf die fünf Milliarden Goldmark Kriegsschädigung im Juliusturm zu Spandau beriefen, daß der Juliusturm leer war. Das Geld war für Anleihe tilgungen verwendet worden, und die Posten hatten mit scharfer Munition Wache gehalten, damit der Schwindel nicht heraus kommen sollte.

In den Jahren 1874 bis 1878 wirkte Landrat Delius als Volksvertreter für Dinslaken im Reichstag; gleichzeitig war er auch Vertreter im Landtag. Im Jahre 1878 wurde der Reichstag aufgelöst, weil das vom Kanzler Bismarck eingebrachte Sozialistengesetz abgelehnt worden war. Von 1874 bis zum 5. Januar 1879 vertrat auch der Geh. Justizrat Prof. Dr. jur. Friedrich von Schulte aus Bonn als Reichstagsabgeordneter den Kreis Dinslaken. Prof. von Schulte schloß sich, wie Landrat Delius, der Nationalliberalen Fraktion an.

Erwähnenswert ist aus dieser Zeit, daß nach Aussagen alter Dinslakener damals eine große Arbeitslosigkeit und Teuerung herrschte. Ein fünfpfündiges Schwarzbrot soll 1,80 Mark gekostet haben, was einem heutigen Kaufwert von rund 9,— DM entspricht.

Bei der Reichstagswahl im Jahre 1878 erang Hüttendirektor August Servaes das Dinslakener Mandat. Servaes war bei der Aktiengesellschaft für Bergbau- und Hüttenbetrieb „Phoenix“ in Ruhrort tätig. Bis zum Jahre 1879 blieb er unabhängig; im Jahre 1880 schloß er sich den Nationalliberalen an. Auch in den nächsten Reichstag zog er am 27. Oktober 1881 ein. In diesem Reichstag begann die Aussprache über das Kranken- und Unfallversicherungsgesetz. Die Arbeiter begannen in diesem Jahr Gewerkschaften zu gründen.

Der folgende Volksvertreter Dinslakens im Reichstag ist bereits in der Geschichte des preußischen Abgeordnetenhauses rühmlich erwähnt worden: Dr. Friedrich Hammacher. Er wurde zeitweise abgelöst von Landgerichtsdirektor Schneider aus Magdeburg.

## Ohne Frauen

Einen kleinen Gesamtüberblick wollen wir hier in die Betrachtung einfügen: Weil es geheime Wahlen waren, geben die bei der Reichstagswahl abgegebenen Stimmen die richtige politische Stimmung wieder. Es muß vor allem berücksichtigt werden, daß es noch kein Frauenstimmrecht gab und sich in den Zahlen die politische Ansicht der Männer spiegelt. Im Jahre 1890 wurden im Rheinland abgegeben für die Zentrumsparlei 379 000, für die Nationalliberalen 100 000, für die Sozialdemokraten 98 000, für die Freikonservative Reichspartei 46 000, die Freisinnige Partei 36 000 und für die Konservative Partei 3200 Stimmen. Der Reichstag wies 397 Abgeordnete auf, wovon 132 zur konservativen, 100 zum Zentrum, 42 zur nationalliberalen, 20 zur sozialdemokratischen, 20 zur Reichs- und 77 zur freisinnigen Partei zählten.

In einem vergilbten Tagebuch fanden wir für den Dinslakener Wahlkreis für das Jahr 1893 folgendes Wahlergebnis verzeichnet: Euler 14 950, Dr. Hammacher 13 923, Dr. König 6442, Rohrlack 6433, Schmidt 1688 Stimmen. Bei der Stichwahl im gleichen Jahre erzielten Dr. Hammacher (Nat. Lib.) 23 539 und Euler (Zentrum) 19 828

Stimmen. Dazu bemerkt der Chronist: „... daß unser Wahlbezirk seit 1871 nationalliberal vertreten war. Die Nationalliberalen gerieten seit dem Jahre 1881 regelmäßig mit dem Zentrum in Stichwahl; nur im Jahre 1890 war das nicht der Fall. Bei der Wahl im Jahre 1903 kamen Nationalliberale und Sozialdemokraten in Stichwahl. 1871 wurden in Dinslaken zum ersten Mal sozialdemokratische Stimmen abgegeben.“

Am 6. Dezember 1898 zog Theodor Adolf von Möller, der auch eine Zeit lang im Preußischen Abgeordnetenhaus war, für Dinslaken in den Reichstag ein. Die Reichstagswahl hatte am 16. Juni stattgefunden. Nationalliberale und Zentrum kamen in die Stichwahl, wobei Theodor von Möller gegen den Zentrums kandidaten Molz mit 29 476 gegen 27 831 Stimmen siegte. Möller, ein Industrieller, wurde später preußischer Minister für Handel und Gewerbe und legte darum am 8. Mai 1901 sein Mandat nieder. In der Ersatzwahl am 25. Juli 1901 wurde der schon als Abgeordneter des Preußischen Landtages erwähnte Generalsekretär Dr. Wilhelm Beumer, Düsseldorf, in den Reichstag entsandt.

## Clemens Hengsbach

Die Reichstagswahl am 25. Januar 1907 sah folgende Parteien aufmarschiert: Sozialdemokraten, Nationalliberale, Zentrum, Freisinnige und Polen. Anstelle von Dr. Beumer hatten die Nationalliberalen den Arbeiter Jung, Köln, nominiert, die Sozialdemokraten wiederum Clemens Hengsbach. Es mußte eine Stichwahl vorgenommen werden, wobei der sozialdemokratische Kandidat Clemens Hengsbach gegenüber dem Nationalliberalen Jung als Sieger durchkam. Ein großer Teil der Zentrumsanhänger hatte dem Sozialdemokraten ihre Stimme gegeben. Die Wahl eines Sozialdemokraten war damals — auch im Industriegebiet — derart ungewöhnlich, daß der Wahlausgang wie ein Bombeneinschlag wirkte, denn es wankten nun auch die für uneinnehmbar gehaltenen Wahlkreise der Nationalliberalen. Niemals hat ein Wahlausgang eine solche psychologische Wirkung gehabt; die Schulkinder sangen sogar auf den Straßen nach einer Schlagermelodie: „Der Clemens Hengsbach, der ist im Reichstag, ein bißchen trallala lalalala...“ Hengsbach wurde am 16. März in Köln geboren und war, wie sein Vater, Schreiner gewor-

den. Im Jahre 1882 gründete er in Köln den Tischlerfachverein, machte sich selbständig, war mit anderen im Jahre 1891 Gründer der „Neuen Rheinischen Zeitung“ und rief eine Genossenschaft aus Gewerkschaftlern zum Bau eines Gewerkschaftshauses ins Leben, dessen Geschäftsführer er wurde.

Am 7. Februar 1912 vermochten die Nationalliberalen ihre alte Dinslakener Hochburg wieder zu erobern; anstelle von Hengsbach konnte der Schriftsteller Dr. Hugo Böttger aus Berlin-Steglitz, Herausgeber der Zeitschrift „Deutsche Stimmen“, das Reichstagsmandat erringen. Bei dieser Wahl erzielten die Sozialdemokraten 4 250 401, das Zentrum 1 996 843 und die Konservativen 1 126 270 von insgesamt 12 207 529 Stimmen. Im Jahre 1914 gab es im Reichstag folgende Fraktionen: Sozialdemokraten, Zentrum, Konservative, Nationalliberale, Liberale Reichspartei, Liberale Vereinigung, Liberale Gruppe, Parteilose Liberale, Deutsche Reichspartei, Gruppe Löwe-Berger, Fortschrittspartei, Welfen, Autonomisten, Dänen, Elsässer, Polen, Antisemiten, Christlich Soziale, Bund der Landwirte, Handwerkerpartei, Deutsche Reformpartei, Wirtschaftliche Vereinigung, Deutsche Sozialisten, Bayerische Reichspartei, Bayerischer Bauernbund, Hessisch-Thüringische Bauernpartei, Litauer, Demokratische Vereinigung, Deutscher Bauernbund, Freisinnige Volkspartei; außerdem gab es eine Fraktion der Parteilosen mit 4 Reichstagsmandaten. Das ist ein politisch aufschlußreicher Einblick in die kaiserliche Zeit.

## Die November-Revolution

Der Ausgang des ersten Weltkrieges 1914/18 brachte eine völlige Umwälzung im politischen Leben Deutschlands. Die Monarchie wurde von der Republik abgelöst. Nachdem schon Ende Oktober des Jahres 1918 in vielen Städten die Revolution ausgebrochen war, wurde sie am 9. November offiziell ausgerufen und eine vorläufige Regierung gebildet, die sich „Rat der Volksbeauftragten“ nannte. Bei den Parteien erfolgte eine gründliche Umgruppierung. Es bildeten sich: die Demokratische Partei am 16. November, die Deutsche Volkspartei am 18. November, die Deutschnationale Volkspartei am 27. Dezember, ein Reichsausschuß der Zentrumspartei am 27. Dezember 1918. In der Sozialdemokratie setzten sich die Mehrheitssozialisten gegenüber den Unabhängigen und den Syndikalisten durch, womit die Einheit der Partei gewahrt blieb. Wichtig war die Verkündung des „gleichen, ge-

heimen, direkten, allgemeinen Wahlrechts aufgrund des proportionellen Wahlsystems für alle mindestens zwanzig Jahre alten männlichen und weiblichen Personen“ durch den Rat der Volksbeauftragten am 12. November 1918. Damit war auch den Frauen der Weg in die politische Arena geöffnet worden.

Der Regierungsbezirk Düsseldorf wurde in zwei Wahlkreise, Düsseldorf-Ost und Düsseldorf-West, aufgeteilt; jeder Wahlkreis in Wahlbezirke, die mit den Gemeindegrenzen übereinstimmten. Wählbar war jeder Wahlberechtigte, der am Wahltag 25 Jahre alt und mindestens seit einem Jahr Reichsangehöriger war.

Am 19. Januar 1919 trat die gesetzgebende Nationalversammlung in Weimar zusammen, um dem Deutschen Volke eine neue Verfassung zu geben. In ihr wirkte als Abgeordneter unseres Wahlkreises Postinspektor Josef Allekotte mit. Er wurde in Mülheim-Saarn geboren. 1920 zog er als Vertreter unseres Wahlkreises in den Reichstag ein. In den Jahren von 1906 bis 1924 war er Stadtverordneter der Zentrumspartei in Mülheim-Ruhr. Allekotte arbeitete in den Ausschüssen an der Weimarer Verfassung mit.

Wenn die Weimarer Republik nicht dazu kam, ihren demokratischen Charakter frei zu entfalten, so lag dies bis 1924 an den



Josef Allekotte

außenpolitischen Schwierigkeiten, dann an den innerpolitischen Unruhen und schließlich an den Folgen der Weltwirtschaftskrise. Diese brachte das gesamte Partei- und Staatswesen in Verwirrung. Die bedenkliche Anwendung der Notverordnungen unterhöhlte den Verfassungscharakter der Republik bis diese, äußerlich legal, dem National-Sozialismus ausgeliefert wurde und damit aufhörte, ein Rechtsstaat zu sein.

## Die Machtergreifung

Fast jede Wahlperiode des Reichstages wurde zwangsweise durch Parlamentsauflösungen abgekürzt. Der erste Reichstag begann am 6. Juni 1920 und wurde am 13. März 1924 aufgelöst. Der zweite Reichstag dauerte vom 4. Mai 1924 bis zum 20. Oktober des gleichen Jahres, der dritte vom 7. Dezember 1924 bis zum 31. März 1928, der vierte vom 20. Mai 1928 bis zum 18. Juli 1930, der fünfte vom 14. September 1930 bis zum 4. Juni 1932, der sechste vom 31. Juli 1932 bis zum 12. September 1932, der siebte vom 6. November 1932 bis zum 1. Februar 1933 und schließlich der achte, der das Ermächtigungsgesetz und die Diktatur brachte, vom 5. März 1933 bis zum 14. Oktober 1933. Bereits am Abend des 5. März 1933 brach der parlamentarische Demokratismus zusammen, es folgte die Machtergreifung durch den Nationalsozialismus bis in die untersten Verwaltungseinheiten. Nationalsozialisten und Kampffront Schwarz-Weiß-Rot hatten eine Mehrheit von 51,8% der Stimmen erzielt. Eine Woche später wurde auch die Diktatur in den Gemeindeparlamenten eingeführt. Bestätigt wurde der Umsturz durch den Reichspräsidenten von Hindenburg mit dem Flaggen-erlaß, der, die Weimarer Verfassung mißachtend, die Hakenkreuzfahne und Schwarz-Weiß-Rot zu Nationalfarben des Reiches erhob. Damit war die Demokratie begraben. Die feierliche Eröffnung des neuen Reichstages in der Potsdamer Garnisonkirche war nur noch eine Farce, denn drei Tage später wurde offiziell die Macht an Hitler im Reichstag mit 441 zu 94 Stimmen übertragen, wodurch die Weimarer Verfassung auch legal erledigt war. Vom Jahre 1928 ab wurden die Dinslakener Interessen durch den Abgeordneten Franz Wieber, Duisburg, vertreten, dem am 31. Juli 1932 der zweite Vorsitzende des Christlichen Metallarbeiterverbandes Schmitz folgte. Wieber war fast 80 Jahre alt, als er sein Mandat niederlegte; er erlebte noch den

## Reichstagswahl

Wahlkreis Düsseldorf-West

1	Nationalsozialistische Deutsche Arbeiter-Partei (Hitlerbewegung) Terboven - Luyken - Jöhly - Peppmüller	1	<input type="radio"/>
2	Sozialdemokratische Partei Deutschlands Geilach - Thabor - Schay - Schulenberg	2	<input type="radio"/>
3	Kommunistische Partei Deutschlands Schulte - Becker - Hofsieing - Frank	3	<input type="radio"/>
4	Deutsche Zentrumspartei Dr. Brüning - Dr. Bell - Wieber - Blum	4	<input type="radio"/>
5	Deutschnationale Volkspartei Dr. Stabler - Dr. h. c. Koch - Bruchschien - Frau Kengeneyndl	5	<input type="radio"/>
5a	Radikaler Mittelstand Lammerg - Dr. Hüttenhain - Wolff	5a	<input type="radio"/>
7	Deutsche Volkspartei Schöder - Frau Blumberg - Dr. Jarres - Winnefeld	7	<input type="radio"/>
8	Deutsche Staatspartei Lemmer - Frau Bohnsack - Müller	8	<input type="radio"/>
9	Christlich-sozialer Volksdienst (Evangelische Bewegung) Dr. Schröder - Lohmeyer - Fröhelchen - Frau Geave	9	<input type="radio"/>
9a	Schicksalsgemeinschaft deutscher Erwerbslosen, Kleinhandel und Gewerbe (Erwerbslosenrat) Heuer - Ruppgeh	9a	<input type="radio"/>
10	Reichspartei des deutschen Mittelstandes Dr. Bredt - Köster - von Ein	10	<input type="radio"/>
13	Deutsches Landvolk (Christlich-Nationale Bauern- und Landvolkpartei) Müller - von Danwitz - Rupperts	13	<input type="radio"/>
14	Volkrecht-Partei Pohl - Frau Schmitz-Schagen - Bauer	14	<input type="radio"/>
17	Sozial-Republikanische Partei Deutschlands (Höring-Bewegung für Arbeitsbeschaffung) Höring - Ryttek - Bießerfeld - Frau Hillmann	17	<input type="radio"/>
18	Sozialistische Arbeiter-Partei Deutschlands Seydewitz - Wahl - Wähler - Frau Niederhelmann	18	<input type="radio"/>
19	Peferliste Dr. Domanski - Dr. Kaczmarek - Olejniczak - Kwiatkowski	19	<input type="radio"/>
21	Freiwirtschaftliche Partei Deutschlands (F.F.P.) (Partei für krisenfreie Volkswirtschaft) Sacke	21	<input type="radio"/>
26	Nationale-Kommunistische Partei Deutschlands Durlak - Frau Kleis - Sauerbach	26	<input type="radio"/>
27	Radikaldemokratische Partei Ende - Lange - Engels - Kister	27	<input type="radio"/>

Der Stimmzettel für die Reichstagswahl 1930  
ist Symbol für die fortschreitende  
Aufspaltung des politischen Gefüges der  
Weimarer Republik.



*Dr. Josef Zorn*

Zusammenbruch und starb am 1. Mai 1933. Sechs weitere Abgeordnete unseres Wahlkreises kamen vom linken Niederrhein.

Als letzter, auch im Kreise Dinslaken wohnender Abgeordneter, gehörte 1932/1933 Dr. Josef Zorn, damals Studienrat am Dinslakener Gymnasium, dem Reichstag an. Dr. Zorn wurde am 2. März 1885 in Köln geboren. Er besuchte dort das Marzellen-Gymnasium und promovierte im Jahre 1909 in Bonn. Am 1. April 1913 kam er als junger Studienassessor nach Dinslaken, wurde am Gymnasium 1916 Studienrat und war dort bis zu seiner Pensionierung tätig. Nach dem Zusammenbruch wurde er am 1. Oktober 1946 Oberstudiendirektor des Gymnasiums. Wesentlichen Anteil hat er an dem schnellen Wiederaufbau der Schule. Am 31. April 1950 trat er in den Ruhestand, nachdem er 37 Jahre an der Dinslakener Anstalt tätig gewesen war. Im Jahre 1919 wurde er Vorsitzender der Zentrumspartei, und er vertrat seine Partei im Kreistag und im Stadtparlament. In dieser Zeit war er ein glänzender Diskussionsredner. 1945 wurde Dr. Zorn in Personalunion Bürgermeister und Landrat in Dinslaken. Er übernahm damit Ämter, die eine harte Bürde waren, angesichts der Trümmer, die der Krieg hinterlassen hatte. Er starb am 4. Juni 1954.

## Der Bundestag

Die deutsche Demokratie und damit auch der echte demokratische Parlamentarismus wurden erst am 7. September 1949 durch die Bildung der Bundesrepublik Deutschland wiederhergestellt. Am Sonntag, 14. August 1949 fand die Wahl zum ersten Bundestag der Bundesrepublik Deutschland statt. Die Landkreise Dinslaken und Rees bildeten gemeinsam den Wahlkreis 27. In direkter Wahl wurde mit 26 781 Stimmen Rechtsanwalt Franz Etzel (CDU) gewählt vor Berger (SPD) 23 353 Stimmen und H. Boers (Zentrum) 11 735 von insgesamt 75 459 gültigen Stimmen. Wahlbeteiligung 79,4 %. Etzel ist am 12. August 1902 in Wesel geboren. Seit 1930 war er als Rechtsanwalt und Notar in Duisburg tätig. Im neuen Bundestag wurde er Vorsitzender des Ausschusses für Wirtschaftspolitik. Von 1952 bis 1957 war er Vizepräsident der Hohen Behörde der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl. Am 28. Oktober 1957 wurde Etzel Bundesminister für Finanzen.

Am 6. September 1953 waren nach vierjähriger Legislaturperiode neue Wahlen fällig. 8 Kandidaten bewarben sich im



*Franz Etzel*





*Dr. h. c. Heinrich Lübke*

Wahlkreis 86 (Dinslaken—Rees) um die Gunst der Wähler. Gewählt wurde der Kandidat der CDU Dr. h. c. Heinrich Lübke. Von 94 855 Wählern gaben ihm 46 940 ihre Stimme. Am 20. Oktober 1953 wurde Lübke zum Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten berufen. Auch in der Wahl am 15. September 1957 wurde Heinrich Lübke mit 53 952 von 108 966 Stimmen vom Wahlkreis Dinslaken

—Rees in den Bundestag gewählt. Außerdem kamen über die Landesliste der SPD der Dinslakener Bürgermeister Lantermann und über die Landesliste der FDP der Weseler Schiffskaufmann Egon Ramm in den Bundestag. Dr. Heinrich Lübke wurde am 14. Oktober 1894 in Enkhausen Kreis Arnsberg geboren. Er ist katholisch, verheiratet, war Teilnehmer des ersten Weltkrieges, Studium der Geodäsie, Kulturbautechnik, Landwirtschaft, Volkswirtschaft und des Siedlungswesens an den Universitäten Bonn, Berlin und Münster. Abschlußexamen als Vermessungs- und Kulturingenieur. 1926 Geschäftsführer der landwirtschaftlichen Organisation „Deutsche Bauernschaft“. Dieser Zusammenschluß der deutschen Bauern war hauptsächlich das Verdienst Lübkes. 1931 Mitglied des Preußischen Landtags als Zentrumsabgeordneter. Nach 1933 aus politischen Gründen verfolgt. Januar bis Oktober 1953 Generalanwalt des Deutschen Raiffeisenverbandes. Besonders bemerkenswert, nicht nur für unseren Wahlkreis ist, daß unser Bundestagsabgeordneter Dr. h. c. Heinrich Lübke am 1. Juli 1959 zum Bundespräsidenten gewählt wurde.

\*

Aus vielen Büchern und Archiven mußte das Material zu dieser Geschichte der Demokratie zusammengetragen werden, weil es in dem hier dargebotenen Zusammenhang noch keine Darstellung gibt. Der Verfasser hatte insofern Glück, als er das grundlegende Material in einem kleinen Bändchen gesammelt hatte, das der Vernichtung im Kriege entging.